

linksjugend ['solid]

nordrhein-westfalen

LANDESVOLLVERSAMMLUNG
27. & 28. FEBRUAR 2016 ★ KÖLN



LVV-HEFT 1

Tagesordnung, Satzungsanträge, Anträge, Wahl- und
Geschäftsordnung

5

10

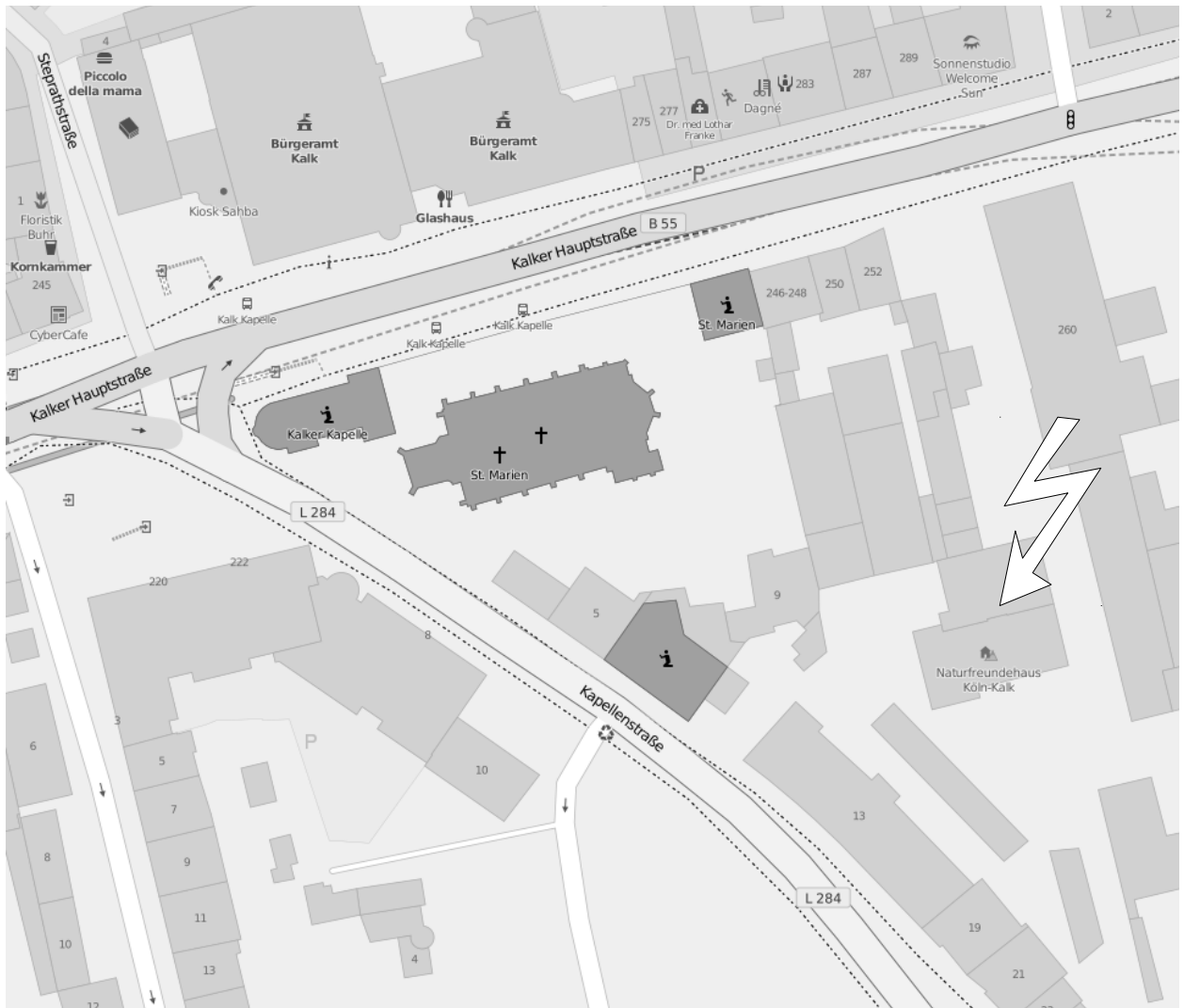
20

1

Anreise

Wir tagen im Naturfreundehaus Köln-Kalk, Kapellenstraße 9a, 51103 Köln. Es ist gut mit dem ÖPNV zu erreichen: Fußläufig etwa 3 Minuten von der U-Bahn und Bushaltestelle „Kalk Kapelle“ (Linien 1 und 9. 5 Stationen in die Innenstadt, 3 Stationen vom Bahnhof Deutz).

25



30 Kosten

Alle mit der LVV verbundenen entstehenden legitimen Kosten werden vom Verband übernommen. Das schließt ein:

- Die An- und Abreise
(Bitte reist aus Kosten- und Umweltgründen bevorzugt mit der Bahn / ÖPNV, 2. Klasse. Die Anreise mit dem PKW sollte nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen).
- Die Verpflegung (vegane Verpflegung wird vor Ort gestellt).
- Die Übernachtung (erfolgt im Tagungsort. Bitte bringt Isomatten und Schlafsäcke mit. Wenn Du aus guten Gründen (z.B. körperliche Einschränkungen) ein Bett brauchst: Melde Dich bitte frühzeitig!)

35

40 Um einen Teil der Kosten wieder rein zu bekommen wird es eine Spendendose geben. Verdienere*innen sind aufgerufen einen freiwilligen Beitrag von fünf Euro beizutragen.

Bewegungsfreiheit

45 Der Tagungsort ist leider nur eingeschränkt barrierefrei zugänglich: Die wenigen Stufen können mit Rampen überbrückt werden. Es gibt aber keine Toilette, die auf die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrer*innen zugeschnitten ist.

2

Tagesordnungsvorschlag:

50 Samstag, 27. Februar (Tagungsort geöffnet und Frühstück ab 9:30 Uhr)

- 1 | 10:30-11:00 ★ Begrüßung
- 2 | 11:00-11:30 ★ Formalia (Wahl von Tagungsleitung, Protokollführung, Madatsprüfung, Wahl- und Zählkommission, Abstimmung über die Tagesordnung)
- 55 3 | 11:30-12:30 ★ Satzungsändernde Anträge
- 4 | 12:30-13:00 ★ Diverses (Grußworte, Vorstellung von Projekten...)
- 5 | 13:00-14:00 ★ Pause & Mittagessen
- 6 | 14:00-16:30 ★ Diverse Wahlen
 - ★ Kassenprüfer*innen
- 60
 - ★ Landesschiedskommission
 - ★ Zwei Länderratsdelegierte
 - ★ Ein*e jugendpolitische*r Sprecher*in im LINKE NRW-Landesvorstand
- 7 | 16:30-17:30 ★ Anträge
- 8 | 17:30-19:00 ★ Wahl der 46 Delegierten zum Bundeskongress.
- 65 9 | 19:00-19:30 ★ Pause & Abendbrot
- 10 | 19:30-21:00 ★ Fortsetzung der Wahl von Delegierten zum Bundeskongress

Im Anschluss Abendessen und Abendprogramm. Übernachtung im Tagungsort möglich.

70 Sonntag, 28. Februar (Frühstück ab 9:00 Uhr)

- 11 | 10:00-10:40 ★ Rechenschaftsbericht des scheidenden Landessprecher*innenrats, Entlastung, Ausblick auf anstehende Aufgaben
- 12 | 10:40-11:30 ★ Wahl eines neuen Landessprecher*innenrats
- 75 13 | 11:30-14:00 ★ Workshops:
 - ★ No Pasaran! Vorbereitung der antifaschistischen Proteste gegen den „Tag der deutschen Zukunft“ im Juni in Dortmund
 - ★ Haupt- vs. Nebenwiderspruch – kanns das wirklich sein? Wie Diskriminierungen, Unterdrückung und Ausbeutung miteinander zusammenhängen
- 80
 - ★ Krieg und Militarisierung: Dem Geschäft mit dem Tod Sand ins Getriebe!
 - ★ Hoch die internationale Solidarität! Wie wir den Kampf unserer kurdischen Genoss*innen unterstützen können
- 14 | 14:00-15:00 ★ Pause & Mittagessen
- 85 15 | 15:00-16:30 ★ Wahl von zehn Landesparteitagsdelegierten

90

95

100

Änderungsantrag an die Tagesordnung (Chris, Aachen):

Die Wahlen der Kassenprüfer*innen und der Landesschiedskommission werden statt den satzungsändernden Anträgen unter TOP 3 behandelt. Die satzungsändernden Anträge werden als neuer TOP zwischen TOP 6 und 7 behandelt.

105

Begründung: Der Haupt-Antragsteller kann erst verspätet anwesend sein.

Satzungsändernde Anträge

SÄ 1 | Antragsteller: Niema Movassat, BG Aachen

- 110 § 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder
Bisher: (1) Jedes aktive Mitglied hat das Recht, [...] b.) sich über alle Angelegenheiten des Landesverbandes zu informieren und informiert zu werden [...].
- 115 **Ändern des § 5 Abs.1 b in (vgl. Fettdruck):** (1) Jedes aktive Mitglied hat das Recht, [...] b.) sich über alle Angelegenheiten des Landesverbandes zu informieren und informiert zu werden, **dies umfasst insbesondere das Recht, Zugang zu allen Beschlüssen und Sitzungsprotokollen zu erhalten** [...].
- Begründung:** Der Punkt ist unpräzise. Die Konkretisierung macht klar, worauf sich das Recht bezieht.
- 120 Es geht hier in der Praxis im Wesentlichen um Protokolle und Beschlüsse. Wenn dann ein Mitglied bspw. gegenüber dem LSPR ein bestimmtes Protokoll anfordert, gibt es eine klare Rechtsgrundlage, der bisherige Abs. 1 b kann hier für Unklarheiten sorgen.

125 SÄ 2.1 | Antragsteller: Niema Movassat, BG Aachen

- § 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder
Bisher: (4) SympathisantInnen haben für die Wahlen zum Bundeskongress das passive Wahlrecht.
- 130 Ihnen können aufgrund eines Beschlusses der Mitglieder für die jeweilige Versammlung weitere Mitgliederrechte übertragen werden. Ausgeschlossen ist dies für finanzielle Angelegenheiten, Satzungsentscheidungen und das sonstige passive Wahlrecht.
- 135 **Ändern in (vgl. Fettdruck):** SympathisantInnen haben für die Wahlen zum Bundeskongress das passive Wahlrecht. **Mit 2/3 Mehrheit der Abstimmenden können Sympathisanten weitere Mitgliederrechte übertragen werden.** Ausgeschlossen ist dies für finanzielle Angelegenheiten, Satzungsentscheidungen, das **aktive Wahlrecht** und das sonstige passive Wahlrecht. **Für den Beschluss der Aufhebung des SympathisantInnenstimmrecht ist die Mehrheit der Abstimmenden nötig.**
- 140 **Begründung:** Es handelt sich um drei einzelne Anträge, die einzeln abgestimmt werden. Es gab in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen um das SympathisantInnenstimmrecht. Der ursprüngliche Gedanke war, dass Menschen, die aktiv in den Basisgruppen mitarbeiten, aber bis dato nicht Mitglied sind, sich an Landesvollversammlungen umfassend beteiligen können sollen. Dies hat viele Jahre sehr gut geklappt. Leider musste in den letzten 3 Jahren zur Kenntnis genommen werden,
- 145 dass diese Regelung ausgenutzt werden kann, um bestimmte Mehrheiten im eigenen Sinne zu beeinflussen. Die Änderungsanträge bezwecken, die Probleme mit § 5 Abs.4 zu lösen: Einerseits soll das SympathisantInnenstimmrecht erhalten bleiben, weil es eine gute Idee ist und Offenheit des Jugendverbandes ausdrückt, allerdings sollten zum Schutz der Mitglieder des Jugendverbandes einige Schutzschranken und Präzisierungen vorgenommen werden.
- 150 - die 2/3-Regelung sorgt dafür, dass nicht eine knappe Mehrheit SympathisantInnen, die sie mitgebracht hat, das Stimmrecht gibt und somit die Mehrheitsverhältnisse zementiert. Durch die Qualifizierung wird der Minderheitenschutz des Jugendverbandes gewahrt.
- die Aufhebung des aktiven Wahlrechts sorgt dafür, dass es nicht mehr attraktiv ist, SympathisantInnen zu einer Versammlung mitzubringen, um bestimmte verbandsinterne Wahlen zu beeinflussen. Der
- 155 Einwand, dann wäre das SympathisantInnenstimmrecht faktisch entwertet ist entgegenzuhalten, dass weiterhin die umfassende politische Beteiligung bei Beschlüssen bleibt – und das sollte auch der zentrale Kern der Beteiligung von Aktiven vor Ort sein, die sich eben bewusst entschieden haben, nicht Mitglied zu sein, aber gleichzeitig politisch mitarbeiten wollen. Damit dürfte für diese die inhaltliche Ausrichtung des Verbandes zentral sein und damit die inhaltlichen Beschlüsse der LVV.
- 160 - Der neue Satz zur Aufhebung des SympathisantInnenstimmrechts ist nur notwendig, wenn die 2/3-Regelung aufgenommen wird. Bisher gilt diese Regelung faktisch schon, weil bisher die einfache Mehrheit für die Erteilung des Stimmrechts ausreicht und damit als Spiegelbild dies auch mit einfacher Mehrheit aufgehoben werden kann. Es wäre indes merkwürdig, wenn eine 2/3 Mehrheit nötig wäre für die Aufhebung dieses Stimmrechts. Das Stimmrecht sollte eigentlich immer dann nicht mehr bestehen,
- 165 wenn die ursprüngliche Mehrheit, die es erteilt hat, nicht mehr vorhanden ist. Insofern wäre dieser Logik

folgend schon eine 1/3 Mehrheit + 1 ausreichend für die Aufhebung, dies wäre allerdings etwas zu strikt und auch praktisch etwas schwer umsetzbar. Die neue Regel ist klar, verständlich, mit wenig bürokratischem Aufwand und damit handhabbar auf einer LVV.

170

SÄ 2.2 | Antragsteller: BG Aachen

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

175 *Bisher:*

(4) SympathisantInnen haben für die Wahlen zum Bundeskongress das passive Wahlrecht. Ihnen können aufgrund eines Beschlusses der Mitglieder für die jeweilige Versammlung weitere Mitgliederrechte übertragen werden. Ausgeschlossen ist dies für finanzielle Angelegenheiten, Satzungsentscheidungen und das sonstige passive Wahlrecht.

Streichen und ersetzen durch:

(4) Mit einfacher Mehrheit kann beschlossen werden, anwesenden sympathisierenden Nicht-Mitgliedern ein beratendes Stimmrecht zu gewähren. Wird es gewährt, können Sympathisant*innen vor offenen Abstimmungen eine beratende Abstimmung durchführen. Sie ist nicht bindend für den Verband, soll den stimmberechtigten Mitgliedern aber zur Orientierung dienen.

Begründung: Erfolgt mündlich

190

SÄ 3 | Antragsteller: Niema Movassat, BG Aachen

Bisher: (3) Die LVV muss mindestens vier Wochen vor ihrer ersten Tagung vom LandessprecherInnenrat durch schriftliche Einladung an alle Mitglieder des Landesverbandes einberufen werden.

Ändern in: (3) Die LVV muss mindestens **fünf** Wochen vor ihrer ersten Tagung vom LandessprecherInnenrat **mit Nennung des Ortes der Versammlung und eines Tagesordnungsvorschlags einberufen werden. Die Einberufungsfrist ist gewährt, wenn die LVV auf der Homepage, per E-Mail an alle Mitglieder, die eine E-Mailadresse angegeben haben und auf allen Internetplattformen, auf denen die Linksjugend [solid] NRW präsent ist, bekannt gemacht worden ist.**

Begründung: Bisher fordert die Satzung die Schriftlichkeit der Einladung. Die neue Regelung zielt darauf, die Schriftlichkeit entfallen zu lassen und dafür darzulegen, wie die LVV stattdessen einzuberufen ist. Die Kosten für die schriftlichen Einladungen sind erheblich, die Portokosten hierfür sind einer der größten Posten im Haushalt des Jugendverbandes. Zudem sind schriftliche Einladungen fehleranfällig und bedeuten für die LandessprecherInnen, da es keine Geschäftsstelle gibt, die die Einladung übernehmen kann, viel Arbeit und Zeitaufwand. Diese Zeit, die für das Eintüten von Briefen verplempert wird, könnte mit politischer Arbeit sinnvoller genutzt werden.

SÄ 4 | Antragsteller: Niema Movassat, BG Aachen

215

Streichung aller Punkte, die die Regelung zu Ersatz-LandessprecherInnen enthalten. Dies sind: § 8 Abs. 7 b und § 10 Abs.6. Die anderen Buchstaben und Absätze rücken jeweils auf.

Begründung: In den letzten Jahren wurden niemals Ersatz-LandessprecherInnen gewählt. Es handelt sich um ein überflüssiges Relikt in der Satzung.

225

SÄ 5 | Antragsteller: BG Aachen

Die Satzung wird redaktionell überarbeitet und dabei konsequent mit Sternchen (*) gegendert.

230 **Begründung:** Erfolgt mündlich.

SÄ 6 | Antragsteller: BG Aachen

235

Bisher: §10, (5): Die Mitglieder des LSPR werden von der LVV mit mindestens fünfzig Prozent der anwesenden Mitglieder für ein Jahr gewählt und können von der LVV mit mehr als 50 Prozent der Stimmen der anwesenden Mitglieder abgewählt werden.

240 Ändern in:

Die Mitglieder des LSPR werden von der LVV mit mindestens 50 Prozent der anwesenden Mitglieder für ein Jahr gewählt. Mit mindestens 50 Prozent der anwesenden Mitglieder einer LVV kann der ganze LSPR oder auch einzelne Mitglieder abgewählt werden.

245 **Begründung:** Erfolgt mündlich

250

255

260

265

270

275

280

Anträge

285

A1 | Frauen*kampftag | Antragsteller: Adrian (BG Solingen)

Antrag auf Unterstützung des Aufrufs zum Weltfrauentag 2016 nach Köln von Reclaim feminism - Unser Feminismus ist antirassistisch

290

Antrag:

Die Landesvollversammlung möge beschließen den Aufruf zum „Weltfrauen*tag 2016“ von Reclaim feminism zu unterstützen (<https://reclaimfeminism.org/>) und mobilisiert zu den Protesten nach Köln.

295 Aufruf:

WORÜBER GESCHWIEGEN WIRD

Das Jahr 2016 hat in vielen Städten Deutschlands mit Übergriffen auf Frauen* begonnen – auch in Köln. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen* ist in der Silvesternacht sichtbar geworden – unübersehbar in die öffentliche Debatte gezerrt. Wieso plötzlich das mediale Interesse? Die Thematisierung ist richtig und wichtig. Den Betroffenen der sexualisierten Übergriffe von Silvester – und aller sexualisierten Übergriffe, die alltäglich passieren – muss jegliche gewünschte Solidarität und Unterstützung zukommen. Es ging dabei jedoch nicht vorrangig um die Benennung sexualisierter Gewalt, sondern um die vermeintliche Herkunft der Täter – und das unverhohlen rassistisch: Im Verlauf wurde schnell nicht mehr über Sexismus gesprochen, sondern über die Verschärfung des Asylrechts, Abschottung und Abschiebung. Ein gängiges Fazit: Nicht der Sexismus in diesem Land sei das Problem, sondern die zu uns Geflüchteten. Jedoch: Sexismus ist nicht nach Deutschland eingewandert, Sexismus ist hausgemacht. Er findet statt – schon immer, ständig und überall. Sexismus findet sich strukturell in unterschiedlich hoher Entlohnung, Benachteiligung aller Frauen*, speziell von Transfrauen und Frauen* of colour, am Arbeitsmarkt oder in unterschiedlichen Belastungen, bspw. durch Kinderbetreuung wieder. Er findet sich ebenso in sexistischer Werbung und in den Seminaren von sogenannten „Pick-up Artists“, in den Männer lernen, wie sie Frauen* gegen ihren Willen verfügbar machen. Nicht gesprochen wird über sexualisierte Gewalt, die in den eigenen vier Wänden stattfindet. So finden 90% Prozent aller Vergewaltigungen im nahen Umfeld statt, von Verwandten, Bekannten und (Ex-)Partnern. Nicht gesprochen wird über die alltägliche Sexualisierung und sexualisierten Übergriffe auf Frauen* of colour.

WORÜBER WIR SPRECHEN SOLLTEN

Statt sich in rassistischen Debatten über Täterschaft zu ergehen, sollte über die Funktion und Bedeutung von sexualisierter Gewalt und strukturellem Sexismus gesprochen werden – und das weltweit. Es sollte um den Rassismus und die andauernde Gewalt gegen Geflüchtete gehen, denn weiter gibt es täglich Anschläge gegen Unterkünfte.

Es muss über die Kriege gesprochen werden, an denen die BRD beteiligt ist. Über ihren brutalen Charakter, die Militarisierung nach Außen und Innen und ihre Fortsetzung in den Geschlechterverhältnissen. Diese Kriege vertreiben Menschen, zerstören ihre Lebensgrundlage und zwingen sie zur Flucht. Dafür trägt die menschenverachtende Politik der EU die Verantwortung – voran die BRD. Viele Frauen* und Kinder sind auf der Flucht und auf dem lebensgefährlichen Weg in Richtung Sicherheit und in den Geflüchtetenunterkünften in höchstem Maße sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Viele Frauen* und Kinder müssen zurückbleiben und werden durch die Beschlüsse der deutschen Bundesregierung, wie im Asylpaket II, in lebensgefährlichen Kriegsgebieten oder an Europas Außengrenzen der Gewalt überlassen. Denn die Asylrechtsverschärfung, die die Regierung als Reaktion auf die sexualisierte Gewalt verkaufen will, trifft in Wirklichkeit Frauen* und Kinder weltweit am härtesten. Innerhalb Deutschlands sind wir schon seit Jahren mit einem Backlash (also einem Rückschritt bei den feministischen Errungenschaften) konfrontiert. Dabei stellen Entwicklungen wie ungleiche Lohnbezahlung, Herdprämie, die Proteste der sogenannten Lebensschützer*innen, homo- und transphobe Mobilisierungen gegen sexuelle Bildung und Antidiskriminierungsarbeit an Schulen sowie die Akzeptanz sexualisierter Gewalt nur eine kleine Auswahl dar. Aktuell werden diese in rassistischen und antifeministischen öffentlichen Debatten deutlich. Rechtspopulistische Parteien und neonazistische Gruppierungen erfahren einen Aufschwung, werden hoffähig gemacht und benutzt, um eine rassistische Politik durchzusetzen.

340

WAS WIR FEIERN

Wir feiern kämpferische Frauen* und Frauen* in Kämpfen, die zeigen, dass eine solidarische, befreite

- Zukunft möglich ist. So beispielsweise die Frauen, die in der Revolution im syrischen Rojava aktiv sind. Wir feiern alle, die in Frauen*häusern arbeiten oder Geflüchtete unterstützen.
- 345 Wir feiern all die mutigen Frauen*, Lesben, Trans* und Inter*personen, die sich einer hierarchischen Geschlechterordnung widersetzen.
Wir feiern all jene, die Zäune überwunden haben und die Festung Europa kurzzeitig ins Wanken gebracht haben – jetzt erst recht!
Organisieren wir uns global, ohne Grenzen!
- 350 Wir wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Ausgrenzung, ohne den sexistischen und rassistischen Normalzustand. Wir wollen Solidarität und Respekt untereinander.
Es lebe die Verschiedenheit!
Im Rahmen des internationalen Frauen*kampftages wollen wir unseren Protest sowohl gegen Sexismus als auch Rassismus entschieden, laut und kämpferisch auf die Kölner Straßen tragen: Unser
- 355 Feminismus ist antirassistisch – erst recht nach den Übergriffen der Silvesternacht.

Wir sehen uns bei der bundesweiten Demo am 12.3.2016 in Köln!

360

A2 | Parlament und Bewegung | Antragsteller: Chris (BG Aachen)

Der LSPR wird beauftragt:

- A) Die nächste Landesvollversammlung findet spätestens Mitte November statt.
- 365 B) Bei dieser LVV wird mindestens eine Plenumsdiskussion zur Frage von Arbeit von Linken in bürgerlichen Parlamenten und der Wechselwirkung von Parlament und Bewegung außerhalb des Parlaments stattfinden.
- C) Der LSPR stellt sicher, dass ein Fragenkatalog vorbereitet und bei der LVV zur Diskussion bzw. Abstimmung gestellt wird, der im Namen von linksjugend [solid] NRW bei den
- 370 Landesvertreter*innenversammlungen der LINKEN NRW, bei der die Liste für die Landtagswahl 2017 bzw. die Bundestagswahl 2017 gewählt werden, vorgelegt wird.
- D) Zusätzlich wird ein Selbstverständnis von linker bzw. revolutionärer Parlamentsarbeit erstellt und bei der LVV zur Diskussion bzw. Abstimmung gestellt. Anhand der Übereinstimmung der Antworten der Kandidat*innen mit unseren Vorstellungen werden wir den Delegierten Wahlempfehlungen aussprechen.
- 375

A3 | Delegationsreise Israel/Palästina | Antragsteller: BG Wesel

- 380 Die LVV möge beschließen, dass der neu gewählte Landessprecher*innen-Rat eine Delegationsreise nach Israel/Palästina organisiert. Vor Ort soll man sich mit der politischen Situation auseinandersetzen, indem man sich mit lokalen politischen Gruppierungen vernetzt, ggf. an den Informationsveranstaltungen, wie zum Beispiel den Touren von Breaking the Silence oder Combattons for Peace, teilnimmt, sich mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah und/oder Tel Aviv trifft und
- 385 politische Parteien der Region besucht. Unter anderem sollen zum Programm Städtetouren und Museumsbesuche gehören.

Wir würden eine quotierte Delegiertengruppe von 6 Personen für eine Woche vorschlagen, die noch im Herbst diesen Jahres die Reise antreten kann.

390

Begründung: Im Sommer 2015 gab es in der Facebookgruppe der Linksjugend [solid] nrw eine Interessensbekundung, eine Reise nach Israel/Palästina zu organisieren. Dieses Vorhaben verlief aber im Sand, weswegen wir nun ein offizielles Vorhaben planen wollen.

395

400

A4 | Awarenessstruktur | Antragsteller: BG Köln

- Die Linksjugend [solid] NRW organisiert eine Awarenessstruktur. Diese soll zu Veranstaltungen wie der LVV präsent sein und die Bundesstrukturen auf Veranstaltungen in NRW unterstützen.
- Der Aufbau wird vom LSPR organisatorisch unterstützt.

Begründung: Alle, die im Kapitalismus sozialisiert sind, tragen die Ansätze bürgerlicher Machtstrukturen unbewusst in sich und stehen in Gefahr diese zu reproduzieren. Deshalb dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass in linken Strukturen Grenzüberschreitungen unmöglich seien. Die Awarenessstruktur soll dabei helfen, dass die Opfer von Übergriffen - egal ob sexistisch, rassistisch et cetera - nicht sich selbst überlassen werden.
Ferner wollen wir die Bundesstruktur in den Aufbau mit einbeziehen.

415

A5 | Mittel zur Verbesserung der allgemeinen Kommunikation | Antragsteller: Kommission der Vernetzung

"Die Kommission der Vernetzung", die auf dem LaRA im Mai 2015 einberufen wurde hat den Auftrag bekommen, die Kommunikationsstrukturen innerhalb der Linksjugend zu prüfen, zu sichern, zu verbessern und ggf. zu anonymisieren. Der folgende Antrag ist das Ergebniss von Besprechungen und Planungen.

425 Antrag

Die Kommission der Vernetzung, die auf dem LaRA im Mai 2015 stellt nun einen Antrag auf Gelder der Solid-NRW.

Diese Gelder werden dazu benutzt, um einen sog. "Root Sever" zu mieten. Auf diesem Server könnte die Linksjugend in der Zukunft die Website, ein Forum, ein Online Archiv und einen "Teamspeak³ Server" auslagern.

Auf Wunsch und je nach Größe und Kapazität können dort selbstverständlich auch weitere digitale Leistungen / Dienste ausgelagert werden.

Die Kosten für einen Root Server würden sich jährlich auf _____ belaufen.

Wir hoffen auf ein positives Echo innerhalb der LVV, um die Pläne für eine moderne und digitale Linksjugend solid NRW zu legitimieren.

Begründung

Wir sind der Auffassung, dass der Ausbau der kommunikativen Infrastruktur des Landesverbandes von äußerster Wichtigkeit ist, da die aktuelle politische Situation einen flexiblen und handlungsfähigen Jugendverband benötigt. Die Fähigkeit Informationen schnell, effizient und mit geringem Aufwand zu verteilen, ist essentiell um eben diese benötigte Handlungsfähigkeit zu erhalten. Wir denken, dass dies ein hinnehmbarer Preis für die Solid ist, da der politische Mehrwert die finanzielle Aufwendung übersteigt.

Die Nutzung eines Root Servers ermöglicht folgende Verbesserungen innerhalb der Informationsverteilung:

1. Den Aufbau eines Onlinearchives, worauf Basisgruppen zugreifen können. Dort können Inhalte gelagert werden wie z.B. :

- a) Flyervorlagen (auch Lokalflyer, die als Vorlage in anderen BG's genutzt werden können)
- b) Aktionspläne
- c) Sämtliche Vorlagen, die innerhalb der Solid angefertigt wurden
- d) Beschlüsse und Protokolle (# Transparenzundso)
- e) Grafiken oder Bilder von Transpis (interne Transpibörse ?)
- f) Ect.

2. Die Nutzung eines VOIP Clients (Teamspeak³ Server): dadurch können schnelle und zielführende Besprechungen, mit maximal 500 Mitgliedern (zur gleichen Zeit) durchgeführt werden.

460

Die Besprechungen, die der Formulierung dieses Antrages vorausgingen, als auch der Antrag selbst, wurden per Teamspeak³ durchgeführt. Außerdem ermöglicht die Nutzung dieses Programms, jeder Basisgruppe, jedem LAK, jeder Strömung, ihren Bereich auf dieser Plattform zu haben.

Teamspeak3 ist sehr viel benutzerfreundlicher als dessen Gegenstück 'Mumble'.

465 Sollten die Gelder für den Rootserver bereitgestellt werden, können wir den TS3 Server auch verschlüsseln lassen, und so sichern.

Jeder Nutzer des Servers könnte sich nach unserem Konzept bei einem aus dem Moderatorenteam registrieren lassen, kann sich aber dann frei und unter anonymen, oder echtem Namen innerhalb des Servers bewegen. Des weiteren würde ein "Public" Bereich, welcher von verschiedenen Menschen

470 innerhalb der Online-Community genutzt werden kann, zu einem Ansehensgewinn des Verbandes führen, woraus ein Anwachsen der Mitgliederzahl entstehen kann.

3. Das Betreiben eines Forums stieß auf dem LaRa im Mai 2015 auf große Zustimmung. Eine große Anzahl der Delegierten standen Facebook als Kommunikationsplattform eher ablehnend gegenüber. Sie

475 bevorzugen ein Forum, auf dem gesittete und inhaltlich wertvolle Diskussionen geführt werden können. Daher ist es sinnvoll, diesen Wunsch zu berücksichtigen.

4. Die Verlagerung der Website auf den Root Server, bedeutet, dass nur eine Rechnung gezahlt werden muss, statt zweier.

480

A6 | Flyer zu rechtem Terror | Antragsteller: Philipp (Oberhausen) und Chris (Aachen)

485 Auf dem LaRa gab es den Auftrag, einen vierten Flyer in der aktuellen Flyer-Reihe zu erstellen. Vor Ort hat sich eine AG dazu gebildet, in deren Auftrag wurde folgender Entwurf geschrieben. Der Antrag besagt, dass dieser Text im Stil wie die anderen aktuellen landesweiten Flyer als Flugblatt produziert und den Bgs zur Verfügung gestellt wird.

490 Flyertext:

Rechten Terror bekämpfen!

„Nationalismus raus aus den Köpfen!“

495 Deutschland 2016: Es ist kalt. Angriffe auf Nichtdeutsche, Geflüchtete und ihre Wohnheime haben dramatisch zugenommen. Jeden dritten Tag brennt eine Unterkunft für Geflüchtete. 2015 hat sich rechte Gewalt fast verdoppelt.

Diese Zahlen sind nur die von der Polizei als rassistisch bzw. rechts motiviert eingestuft Straftaten – doch viel zu oft geht sie vorschnell von einem „unpolitischen“ Hintergrund aus. Die Dunkelziffer liegt

500 dementsprechend weit höher.

Besonders Geflüchtete und solche, die dafür gehalten werden, haben unter dem wachsenden Selbstbewusstsein gewalttätiger Rassist*innen zu leiden. Und nicht nur die Zahl – auch die Schwere der Angriffe hat zugenommen. So gab es Angriffe mit scharfen Waffen. In einem Fall wurde ein Wohnheim für Geflüchtete mit einer Handgranate angegriffen.

505 Diese extrem gewalttätigen Anschläge schaffen einen Zustand der Angst bei den Gefährdeten. Auf diesem Wege sollen die menschenverachtenden Ziele der rassistischen Bewegung erreicht werden.

Gewalt erzeugt Angst, und eine Atmosphäre der Angst ist ein Fundament, auf dem rechte Gruppen aufbauen. Genau aus diesem Grund verbreiten rassistische Vereinigungen systematisch Angst. Wer

510 durch systematische Taten ein Klima der Angst erschafft, verübt Terror.

Das als "Asylkritik" zu bezeichnen ist eine gefährliche Verharmlosung, die diesen Rechts-Terrorist*innen erlaubt ungehindert weiter zu machen. Deutschland hat kein "Asylproblem", Deutschland hat ein rassistisch motiviertes Terrorproblem.

Nachdem in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten Frauen* Opfer heftiger sexueller Übergriffe

515 wurden, versuchten Rechte (die eigentlich ein sehr unfortschrittliches Frauen*bild vertreten) die breite Empörung auszunutzen. Viele Medien übernahmen ihre Argumentationslinie, wonach Geflüchtete Sexismus und sexualisierte Gewalt quasi „importiert“ hätten – als hätte es sowas vorher nicht gegeben. In sozialen Netzwerken wurde zu Hetzjagden auf Geflüchtete aufgerufen. In einigen Fällen setzten rassistische Gruppen diese Aufrufe in die Tat um.

- 520 Sogenannte „Bürgerwehren“ wurden gegründet. Sie bestehen nicht selten aus ausgemachten Frauen*feinden – Rockerbanden, Neonazis, nicht wenige, die aus dem Rotlichmilieu kommen. Ihnen geht es offensichtlich nicht um Frauen*rechte: Vielmehr nutzen sie – wieder einmal – die Gelegenheit um rassistische Stimmung zu verbreiten. Ihre Forderungen, wie beispielsweise keine Geflüchteten mehr aufzunehmen, drastische Abschiebungsmaßnahmen etc. - würden vor allem die vielen nicht-sexistischen
- 525 Geflüchteten (und auch viele Frauen*) treffen. Immer wieder wurden auch Frauen* von solchen „Bürgerwehren“ angegriffen. Sie sind eine neue Dimension des rechten Terrors. Denn während vorher hauptsächlich Einzelpersonen Übergriffe verübt haben, beginnen Rassist*innen nun organisierter vorzugehen. Sie schließen sich in großen, offen sichtbaren Gruppen zusammen und patrouillieren durch die Städte. So verbreiten sie nicht mehr "nur" ein Klima der Angst, sie bringen Struktur in die Angst. Was
- 530 kommt als nächstes? Eine zentral gesteuerte, deutschlandweite Schlägertruppe? Gab es das nicht schon einmal?

In Köln und vielen anderen Städten dagegen gab es massive Proteste – gegen Sexismus und Rassismus. Geflüchtete zeigten Flagge und sind bis heute aktiv gegen Frauen*feindlichkeit. Und auch

535 Du kannst dazu beitragen: Überall wo Du aktiv bist – in Deiner Gewerkschaft, Deinem Verein, Deinem Freundeskreis – dazu einladen, für ein besseres Leben zu kämpfen. Mit Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte.

Rassismus hat in der heutigen Gesellschaft eine klare Funktion. Er dient der Spaltung der Bevölkerung. Eine Minderheit profitiert von der Ausbeutung der Mehrheit – das nennt man Kapitalismus. Wenn wir in

540 Herkunft, Nationalität, Geschlecht und viele weitere Kriterien eingeteilt sind, fällt es schwerer die gemeinsamen Interessen nach einem guten, freien, sozial abgesicherten Leben zu erkennen. Genau deswegen gehen Staat und viele Medien oft nur halbherzig oder gar nicht gegen rassistische Scharfmacher*innen vor.

545 Das ist auch der Grund, warum Rassismus nicht nur von AfD und Neonazis kommt. CDU/CSU, aber auch SPD und Grüne legen mit rassistischen Gesetzen die Grundsteine, auf denen weitergehende Kräfte aufbauen können. Und alle Parteien, die Mangel an Wohnraum, Arbeit, Bildung etc. als gegeben akzeptieren, schaffen ein Klima der Konkurrenz. Schnell werden dann Menschengruppen zu Sündenböcken gemacht, also für Probleme, die sie nicht verursacht haben, verantwortlich gemacht.

550 Damit gießen bürgerliche Parteien Wasser auf die Mühlen rechter Hetzer*innen. Auch Teile der LINKEN setzen Abschiebungen und ähnliche Maßnahmen um oder wollen es nicht ausschließen. So etwa in Thüringen, wo DIE LINKE zusammen mit der SPD regiert. Aber auch Teile der LINKE-Führung haben sich entsprechend geäußert. Das trifft innerhalb der Partei auf erbitterten Widerstand - für uns ein Grund, zwischen bürgerliche Parteien und der LINKEN zu unterscheiden. Statt

555 sie als ganzes zu bekämpfen, streiten wir für einen bedingungslos antirassistischen Kurs der LINKEN.

Ausbeutung der Mehrheit können wir uns dann entgegen stellen, wenn wir unsere Gemeinsamkeiten statt der Unterschiede betonen. Egal ob deutsch, türkisch oder französisch, egal ob männlich* oder weiblich*, egal ob christlich, muslimisch, jüdisch oder ganz anders: unsere Vielfalt ist unsere Stärke.

560 Oft deckt der Staat Neonazis sogar. Neonazi-Aufmärsche werden gegen antifaschistische Gegenwehr mit Polizeigewalt durchgesetzt. Es wird immer deutlicher, dass die Neonazi-Terrorbande NSU direkte Verbindungen zum Verfassungsschutz hatte. Betroffene berichten von Rassismus auf der Polizeiwache. In einer Bonner Polizeischule wurde eine Schülerin mit nichtdeutschen Eltern über Monate rassistisch diskriminiert.

565 Sich dagegen zu wehren ist gar nicht so leicht. In Dessau wurden Polizeibeamte versetzt, weil sie zu entschlossen gegen Rechts ermittelt hatten. Es gibt viele ähnliche Erfahrungen. Das macht deutlich: Im Kampf gegen Rechts darf man sich nicht auf die Polizei verlassen. Es ist nötig, selbst aktiv zu werden. Wir nennen das antifaschistischen Selbstschutz. Würde die Polizei anders handeln, wäre dieser nicht nötig.

570
KASTEN

AfD – Zwischen Rechtspopulismus und Faschismus
In ganz Europa sind rechtspopulistische Parteien, wie die Front National in Frankreich oder die Schwedendemokraten, im Aufschwung. In Polen ist die rechtspopulistische Partei Recht und

575 Gerechtigkeit (PiS) sogar in der Regierung. Rechtspopulist*innen schüren Rassismus und Nationalismus, sie hetzen gegen Minderheiten und stellen sich dabei als Alternative zum Establishment dar. Einmal an der Regierung stehen sie für eine neoliberale Politik auf Kosten der Schwächeren und Abschaffung demokratischer Rechte ein.

- Auch in Deutschland gibt es eine rechtspopulistische Partei, die in aktuellen Umfragen bis zu 10% bekommt: Die sogenannte „Alternative für Deutschland“. Die AfD profitiert von der rechten Stimmung, die Teile der Medien und Parteien, wie SPD und CDU, geschaffen haben und heizt diese weiter an. Dadurch sorgt sie dafür, dass das gesellschaftliche Klima weiter nach rechts rückt und ebnet Neonazis den Weg. Sie sind die geistigen Brandstifter für Übergriffe auf Menschen und Angriffe auf Wohnheime für Geflüchtete.
- 585 Demonstration der AfD sind zu einem Sammelbecken der rechten Szene Deutschlands geworden, an ihnen beteiligen sich HoGeSA, PEGIDA und andere faschistische Organisationen. Kein Wunder, dass die Statements der AfD immer rassistischer werden: Frauke Petry, die Vorsitzende der AfD, forderte, Geflüchtete an der Grenze mit Waffengewalt „abzuwehren“ – natürlich zum „Wohle des deutschen Volkes“.
- 590 Doch die AfD ist keine Alternative für Jugendliche, Arbeitslose oder Erwerbstätige. Sie bietet keine Antwort auf ihre sozialen Nöte. Der Kern des AfD-Programmes ist Neoliberalismus, verpackt mit Rassismus. Unter anderem sollen die Abschaffung des Mindestlohns, die Erhöhung des Rentenalters und die Streichung des Arbeitslosengeldes dafür sorgen, dass die Besitzer*innen der Banken und Konzerne gestärkt werden. Unsere Aufgabe ist es uns der rechten Hetze der AfD entgegenzustellen, ihre
- 595 Lügen zu entlarven und eine Entwicklung nach Rechts zu verhindern. Wir müssen den Menschen eine antikapitalistische und sozialistische Antwort auf ihre Probleme geben und deutlich machen: Sowohl Deutsche, als auch Migrant*innen und Geflüchtete haben die selben Interessen.

KASTEN

- 600 Linke Antworten auf Rechte Hetze
- Nazis versuchen mit rassistischer Hetze die Menschen zu spalten und für ihre Ideen zu gewinnen. Sie benennen Geflüchtete, Migrant*innen und andere Minderheiten als Ursache für aktuelle Probleme statt die wahren Gründe aufzuzeigen. Es ist leicht für soziale Probleme Schwächeren die Schuld zu geben. Statt nach oben zu schauen und die Profiteure von Armut, Krieg und Spaltung der Gesellschaft zu
- 605 sehen, wird nach unten getreten. Dabei ist das politische Programm der Rechten selbst zum Nachteil der Mehrheit der Bevölkerung. So will die AfD unter anderem den Mindestlohn und das Arbeitslosengeld abschaffen, das Rentenalter erhöhen und und sogar armen Menschen das Wahlrecht entziehen. Kurzum - sie wollen noch mehr Menschen ins Elend treiben. Ihre Politik unterscheidet sich da nicht von anderen neoliberalen Parteien: Sie dient nur den Profiten der Banken und Konzerne. Nur dass AfD, NPD und
- 610 Co. dies zusätzlich mit unverhülltem Rassismus und Menschenverachtung vermischen.
- Für uns ist es heutzutage umso wichtiger der rechte Hetze entgegenzustellen. Wir wollen eine linke Antwort auf ihre Propaganda geben und die wahre Ursache für Krieg, Krise und Armut benennen: Den Kapitalismus! Nicht Geflüchtete sind das Problem, sondern die Politik der Herrschenden. Wir sehen die Ursache in der Profitgier des kapitalistischen Systems, die nur den Besitzer*innen der Banken und
- 615 Konzernen dient. Schon lange vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ wurde Kürzungen durchgeführt und Löhne gesenkt. Angeblich reicht das Geld nicht, doch werden Milliarden für Kriegseinsätze und Manager*innengehälter ausgegeben. Statt sozialem Wohnungsbau gibt es immer weiteren Leerstand, denn Immobilienspekulation bringt mehr Gewinn als die Wohnungen zu vermieten. Zusätzlich werden Löhne gekürzt und immer mehr Menschen in prekäre Lebenssituationen gezwungen. Den Geflüchteten
- 620 geht es dabei noch schlechter: Sie müssen zu Tausenden in Zeltstädten leben, haben kein Arbeitsrecht und bekommen oft nur Essensmarken.
- Doch es ist genug Geld für alle da, nur liegt es in den falschen Händen. Die Reichen werden kaum besteuert für ihre Riesengewinne, Verluste wie bei der Weltwirtschaftskrise werden sogar mit Steuergeldern ausgeglichen. Hinzu kommt, dass die Steuerflucht der größten Konzerne in Deutschland
- 625 dem Staat jährlich 160 Milliarden Euro kostet. Acht mal mehr als die Aufnahme von Geflüchteten kostet! Sowohl Deutsche als auch Migrant*innen und Geflüchtete haben ein gemeinsames Interesse an ordentlichen Wohnungen und guten Jobs – dafür wollen wir gemeinsam eintreten! Wir kämpfen für eine sozialistische Welt in der alle Menschen zusammen über Wirtschaft und Politik entscheiden, anstatt einer reichen Minderheit. Deutsche, Migrant*innen und Geflüchtete müssen gemeinsam für soziale
- 630 Verbesserungen kämpfen.

FORDERUNGEN

Neonazis stoppen!

- Keine Bereitstellung öffentlicher Räume oder Plätze für faschistische Gruppen!
- 635 - Kein Fußbreit den Faschisten! Verhinderung von Neonazi-Aktivitäten durch Massenproteste und Blockaden!
- Zerschlagung aller faschistischer Organisationen; Auflösung von Verfassungsschutz und anderer

Geheimdienste!

640 Rassismus bekämpfen!

- Abschiebungen verhindern - Bleiberecht für Alle! Abschiebeknäste dichtmachen!
- Fluchtursachen bekämpfen statt Geflüchtete: Gegen Krieg, Elend und Festung Europa!
- Weg mit allen speziellen Ausländer*innengesetzen! Alle Fluchtursachen anerkennen!

645 Ein gutes Leben für Alle!

- Für das Recht auf Wohnraum, Arbeit, Bildung und soziale Absicherung!
- Ausbau von staatlichen Sozialwohnungen!
- Investitionen zur Schaffung von ausreichenden Angeboten damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können!

650 - Gemeinsamer Kampf von Menschen mit und ohne deutschen Pass für diese Ziele!

Die Reichen sollen Zahlen!

- Als sofortige Maßnahme: 25-prozentige Zwangsabgabe für alle Milliardäre zur Finanzierung aller nötigen Kosten (brächte 170 Mrd. Euro)!

655 - Steueroasen trocken legen: Dies würde der EU weit über 1.000 Milliarden Euro pro Jahr einbringen!

- Für die Einführung einer 10-prozentigen Millionärssteuer auf Vermögen!

660 **A7 | noTDDZ-Mobi** | Antragsteller: BG Dortmund

Wir fordern den Landesverband NRW auf, über seine Delegierten auf dem nächsten Bundeskongress der Linksjugend [solid] in Nürnberg geschlossen einen Antrag an den Bundeskongress zur Mobilisierung und Finanzierung von Aktionen und Material gegen den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ am 04. Juni 2015 in Dortmund, zu stellen.

Antrag an den Bundeskongress:

Linksjugend [solid] beteiligt sich an der Mobilisierung gegen den sogenannten "Tag der deutschen Zukunft", den Neonazis der Partei "Die Rechte" am 4. Juni 2016 in Dortmund organisieren wollen.

Um finanziell unterstützungsbedürftige Basisgruppen und Landesverbänden bei Mobilisierung und 670 Anreise zu unterstützen, wird ein Topf mit ___ Euro geschaffen.

Der Verband nutzt seine Möglichkeiten, die Proteste bekannt zu machen. Landesverbände, Basisgruppen und Mitglieder werden zur Teilnahme an den Protesten aufgerufen. Der BSPR unterstützt Strukturen, die Unterstützung bei Info- oder Mobilisierungsveranstaltungen benötigen und vermittelt Kontakte.

Wahlordnung für Landesvollversammlungen der Linksjugend [solid] - nrw

1. Allgemeines

§ 1 ¹Wahlen müssen in der vorläufigen Tagesordnung angekündigt und den Delegierten mindestens vier Wochen vor der Landesvollversammlung bekannt gemacht werden.

§ 2 ¹Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Linksjugend [solid] - nrw. ²Wählbar sind alle aktiven Mitglieder der Linksjugend [solid].

§ 3 ¹Die Wahlen sind geheim. ²Zu Ihrer Durchführung wählt die Landesvollversammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission. ³Deren Mitglieder dürfen bei den Wahlen nicht kandidieren. ⁴Die Wahlkommission leitet die Aufstellung der KandidatInnen, sichert den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen, ermittelt und verkündet das Wahlergebnis. ⁵Die für einen Wahlgang verwendeten Wahlscheine müssen einheitlich sein. ⁶Die Gestaltung des Wahlscheines muss eine eindeutige Stimmabgabe für die KandidatInnen bzw. eine Enthaltung ermöglichen. ⁷Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen der/des Wählenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen. ⁸Die Zahl der höchstens abzugebenden Stimmen entspricht der Zahl der im jeweiligen Wahlgang zu besetzenden Mandate. ⁹Die Stimmenauszählung ist öffentlich.

§ 4 ¹Vor jedem Wahlvorgang beschließt die Landesvollversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen über den Abschluss der KandidatInnenliste. ²Die KandidatInnenliste für einen neuen Wahlvorgang kann erst nach Abschluss des vorangegangenen Wahlvorganges geschlossen werden. ³Nach jedem Wahlgang - außer vor einem Stichwahlgang - ist die Wiedereröffnung der KandidatInnenliste auf Antrag mit einfacher Stimmenmehrheit möglich.

§ 5 ¹Zur Sicherung der mindestens 50%igen Geschlechterquotierung kandidieren in den ersten Wahlgängen ausschließlich weibliche Kandidatinnen. ²Der zweite Wahlgang ist jeweils ein allgemeiner Wahlgang mit weiblichen und männlichen KandidatInnen.

2. Wahl des LandessprecherInnenrates

§ 6 ¹Zunächst beschließt die Landesvollversammlung über die zu wählende Stärke des LandessprecherInnenrates.

§ 7 ¹Die Wahl der/des Schatzmeisterin/s erfolgt in Einzelwahl. ²Gewählt ist der/diejenige Kandidat/In, welche/r die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen (mehr als 50 %) auf sich vereinen kann. ³Für den Fall, dass keine/r der KandidatInnen eine solche Mehrheit erreicht, gibt es einen weiteren Wahlgang. ⁴Erreicht weder im ersten noch im zweiten Wahlgang eine/r der KandidatInnen eine solche Mehrheit, ist es im dritten Wahlgang ausreichend, wenn die/der Kandidat/in mehr „Ja“ als „Nein“ Stimmen erreicht.

§ 8 ¹Die weiteren Mitglieder des LandessprecherInnenrates werden in Listenwahl gewählt. ²Gewählt sind diejenigen KandidatInnen, welche im ersten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen können (mehr als 50 %), in der Reihenfolge ihrer Stimmenanteile. ³Bleiben dabei Plätze vakant, weil nicht genügend KandidatInnen die erforderliche Mehrheit erreichen, erfolgt ein zweiter Wahlgang. Sind dann immer noch Mandate zu vergeben, so genügt es im dritten Wahlgang gemäß §10, Abs. 5 der Satzung, wenn der/die Kandidat/in mehr „Ja“ als „Nein“ Stimmen erreicht. ⁴Für den Fall, dass nach einem dritten Wahlgang Mandate vakant bleiben, kann die Landesvollversammlung auf Antrag mit einfacher Mehrheit einen weiteren Wahlvorgang für diese Mandate beschließen, für den die KandidatInnenliste erneut geöffnet wird.

3. Wahl der KassenprüferInnen

§ 9 ¹Die Anzahl der zu wählenden KassenprüferInnen ist der Satzung zu entnehmen. ²Gewählt sind diejenigen KandidatInnen, welche die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen (mehr als

50 %) auf sich vereinen können. ³ Bleiben dabei Plätze vakant, weil nicht genügend KandidatInnen die erforderliche Mehrheit erreichen, erfolgt ein zweiter Wahlgang. Die KandidatInnen sind hierbei in der Reihenfolge der Stimmenanteile gewählt.

4. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission

§ 10 ¹Die Anzahl der zu wählenden Mitglieder der Landesschiedskommission ist der Satzung zu entnehmen. ²Gewählt sind diejenigen KandidatInnen, welche die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen (mehr als 50 %) auf sich vereinen können.

³ Bleiben dabei Plätze vakant, weil nicht genügend KandidatInnen die erforderliche Mehrheit erreichen, erfolgt ein zweiter Wahlgang. Die KandidatInnen sind hierbei in der Reihenfolge der Stimmenanteile gewählt.

5. Wahl von Delegierten

§ 11 ¹Die Anzahl der zu wählenden Delegierten zum Länderrat ist in der Bundessatzung, die Anzahl zum Landesparteitag in der Landessatzung von DIE LINKE.NRW geregelt. ²Gewählt sind diejenigen KandidatInnen, welche die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen (mehr als 50 %) auf sich vereinen können. ³Bleiben dabei Plätze vakant, weil nicht genügend KandidatInnen die erforderliche Mehrheit erreichen, erfolgt ein zweiter Wahlgang. Die KandidatInnen sind hierbei in der Reihenfolge der Stimmenanteile gewählt.

Die Geschäftsordnung wurde beschlossen auf der 3. Landesvollversammlung der Linksjugend [solid] - nrw am 14.02.2009 in Wuppertal.

Geschäftsordnung für Landesvollversammlungen der Linksjugend ['solid] - nrw

1. Versammlungsgremien

Die Landesvollversammlung wählt eine Tagungsleitung, eine Protokollführung, eine Mandatsprüfungskommission, eine Antragskommission und eine Wahlkommission per offene Blockwahl für jedes Gremium. Werden gegen einzelne KandidatInnen Einwände vorgebracht, so wird über deren Verbleib auf der Liste in offener Abstimmung entschieden.

2. Redeliste und Protokoll

Die Tagungsleitung führt die Redeliste. Die Redeliste ist nach ErstrednerInnen und Geschlecht zu quotieren.

3. Protokollführung

Die Protokollführung erstellt ein Ergebnisprotokoll der Versammlung. Dieses ist innerhalb eines Monats nach der Versammlung verbandsöffentlich zu machen ist.

4. Redezeit

Die Redezeit beträgt drei Minuten für jede/n Redner/in, falls die Konferenz nichts anderes beschließt.

5. Anträge

Für jeden Antrag ist eine Antragsbegründung, eine Gegenrede und eine Fürrede zuzulassen. Die Konferenz kann jedoch eine ausführlichere Debatte beschließen. Der Antragsschluss liegt sieben Tage vor der Landesvollversammlung; Änderungsanträge sind davon nicht betroffen. Dringlichkeitsanträge sind ebenfalls unbenommen, soweit sie begründet sind.

6. Persönliche Erklärungen

Für persönliche Erklärungen ist eine Redezeit von maximal 2 Minuten einzuhalten. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunkts möglich.

7. Drogen

Im Tagungsraum herrscht während der gesamten Tagung Rauch-, Kiff- und Alkoholverbot.

8. Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung muss jedes Mal im Antragsheft stehen.

Die Geschäftsordnung wurde beschlossen auf der 3. Landesvollversammlung der Linksjugend ['solid] - nrw am 14.02.2009 in Wuppertal.